

15.12.2025

Mündliche Anfrage

für die 113. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 17. Dezember 2025

Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen

74 Abgeordneter
Dietmar Brockes FDP

**Rettungspakete für einzelne Branchen statt Wirtschaftswende und Strukturreform –
Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, damit die nordrhein-westfälische Wirtschaft im Jahr 2026 wieder anläuft?**

Die nordrhein-westfälische Wirtschaft hat in den Rezessionsjahren 2023 und 2024 einen erheblich stärkeren Rückgang des Bruttoinlandsprodukts verzeichnen müssen als die deutsche Gesamtwirtschaft. Aktuelle Prognosen für das Jahr 2025 rechnen bestenfalls noch mit einer Stagnation, während andere Regionen in Deutschland und Europa langsam wieder Tritt fassen. Die Wohlstandsvernichtung spüren mittlerweile auch die Menschen in Nordrhein-Westfalen konkret: Die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen ist seit dem Jahr 2022 kontinuierlich gestiegen, zuletzt auf bis zu 7,8 Prozent und liegt stets über dem Bundesdurchschnitt. Hart getroffen wurden auch die Unternehmer in Nordrhein-Westfalen, denn die angemeldeten Unternehmensinsolvenzen erreichten allein im dritten Quartal 2025 mit 1742 Anträgen einen Zehn-Jahres-Höchststand. Seit Beginn der aktuellen Wahlperiode stiegen die halbjährlichen Insolvenzzahlen kontinuierlich an, sodass der aktuelle Höchstwert nicht nur eine Steigerung um 19,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal, sondern auch eine erhebliche Steigerung um 89,6 Prozent gegenüber dem dritten Quartal des Jahres 2022 darstellt.

Während Ministerpräsident Hendrik Wüst noch von Nordrhein-Westfalen als „Wachstumsmotor der Europäischen Union“ fantasiert, hat Wirtschafts- und Klimaministerin Mona Neubaur das Scheitern der schwarz-grünen Politik durch Mitzeichnung und Veröffentlichung des sogenannten Chemie- und Raffineriepaktes selbst festgestellt und eingestanden. Dort heißt es, die Umsetzung zentraler Transformationschritte sei mit „vielfach aktuell noch unüberwindbaren Hürden verbunden“.¹ Der Weg, den die Landesregierung in den letzten drei Jahren mit dem Ziel der ersten klimaneutralen Industrieregion Europas eingeschlagen hat, führt in eine klimapolitische Sackgasse und in den wirtschaftlichen Abgrund. Trotzdem konnte sich die Landesregierung bislang nur dazu durchringen, substanzielle Reformen für eine einzelne Branche und nicht für die gesamte Breite der Wirtschaft einzufordern. Und auch in der Kommunikation zum Chemiepaktes selbst schürt die Landesregierung durch uneinheitliche und teils widersprüchliche Aussagen Zweifel an der tatsächlichen Umsetzungsbereitschaft des mitgetragenen Maßnahmenpakets. So fehlt der im Chemiepaktes explizit genannte Verweis auf die möglicherweise „notwendige Nachjustierung des NRW-Pfads“ beim Kohleausstieg 2030 in dem nur knapp einen Monat später für die 83. Sitzung des A-WIKE erstellten Bericht der Landesregierung völlig.² Auch die Bewertung, ob eine freie Zuteilung von Zertifikaten bereits einem ausreichenden Carbon Leakage-Schutz entspricht oder einem solchen nur vorangeht, ist in beiden Dokumenten unterschiedlich.

Somit bleibt die Landesregierung auch weiterhin ohne erkennbaren oder glaubhaften Plan, wie das Land und die Gesamtwirtschaft wieder aus der Krise herauskommen sollen. In Ihrer Plenarrede vom 25.11.2025 sagte Ministerin Neubaur in Bezug auf die Prognosen des RWI dennoch: „Unsere Wirtschaft kommt wieder in Bewegung. Nordrhein-Westfalen kann wieder wachsen. Es gibt also einen kleinen Grund zu berechtigter Zuversicht.“³ Diese Zuversicht trübt jedoch der Umstand, dass sich die aktuell positiven Prognosen für das Jahr 2026 größtenteils auf die Effekte des schuldenfinanzierten

¹MWIKE, VCI NRW, IGBCE & en2x: Wettbewerbs- und Stabilisierungsoffensive für die Chemie- und Kohlenwasserstoffindustrie NRW („Chemie- und Raffineriepakt NRW“), 7.11.2025, abgerufen unter: https://www.wirtschaft.nrw/system/files/media/document/file/chemie_und_raffineriepakt_nrw_071125_m_unterzeichnen.pdf (letzter Zugriff: 12.12.2025).

²Landtag NRW: Schriftlicher Bericht „Streit um den Emissionshandel: wird der Chemie- und Raffineriepakt Opfer grüner Wirtschaftspolitik?“, 5.12.2025, Drucksache 18/4603.

³Landtag NRW: Protokoll der 108. Plenarsitzung „Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen kurz vor dem Abgrund – Das schwarz-grüne Märchen vom klimaneutralen Industrieland stürzt in sich zusammen“, 25.11.2025, Drucksache 18/108.

Sondervermögens stützen und selbst das RWI hierzu bereits warnt, dass strukturelle Defizite die Wirkung der erhöhten Ausgaben dämpfen werden.⁴ Vor diesem Hintergrund stellt sich folgende Frage:

1. **Durch welche konkreten Maßnahmen will die Landesregierung für bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen in allen Branchen sorgen?**
2. **Welche konjunkturellen Zielmarken versucht die Landesregierung dabei zu erreichen?**

⁴Torsten Schmidt et al: Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen 2025 #3, 27.10.2025, abgerufen unter: https://www.wirtschaft.nrw/system/files/media/document/file/kb_nrw_25-3.pdf (letzter Zugriff: 12.12.2025).